



Andreas Thiesen

Hinein in die transformative Stadt!

Konturen einer anderen Stadtentwicklung und die Rolle der Sozialen Arbeit



Foto: Andreas Schröder/HTWK Leipzig

Stadtentwicklung findet heute vor allem auf zwei Ebenen statt. Man kann durchaus von einem dualen System der Stadtentwicklung sprechen: Handelt es sich bei der „Entwicklung“ um einen innenstadtnahen Stadtteil, so besteht angesichts der beispiellosen Nachfrage nach großstädtischem Wohnraum die Gefahr eines mehr oder weniger latenten Austauschs der Wohnbevölkerung und – als Folge dessen – der lokalen Ökonomie. Wir müssen nicht erst das G-Wort bemühen, um zu zeigen, dass Stadt heute vor allem als differenzierter Konsumraum funktioniert. Den ungebrochenen Zulauf zahlungskräftiger Hipster-Kleinfamilien auf die Kernstadt sollten wir jedoch nicht mit Urbanisierung verwechseln.

Das Gegenteil ist der Fall, wie Niklas Maak in seinen journalistischen Arbeiten zu Bau- und Wohnkultur des 21. Jahrhunderts gezeigt hat: Homogenisierung der Architektur und Lebensstile, Langeweile, ans Spießige grenzende Sauberkeitsvorstellungen, städtebaulicher Ordnungswahn, Konsumtion und De-Urbanisierung prägen heute unsere Wahrnehmung von städtischem Leben (Maak 2014). Aus einer solchen Perspektive ist Stadtentwicklung erfolgreich, wenn sie sich auf SWOT-Analysen und Stadtmarketing stützt.

Das duale System der Stadtentwicklung...

Die zweite Ebene betrifft die Stadtentwicklung in peripheren Gebieten. Dabei verdeckt der so euphemistische wie tautologische Begriff „soziale Stadtentwicklung“ (wie sollte Stadtentwicklung nicht sozial sein?) die sozialökonomische Stagnation vieler Quartiere. An den Rändern unserer Städte hat sich durch eine – ebenfalls beispiellose – Subventionskultur der



Abb. 1: Leipzig: fertiges Plagwitz ohne öffentlichen Raum (Foto: © Robin Kunz)

letzten Jahrzehnte eine Parallelökonomie ohne echte Teilhabe der betroffenen Menschen gebildet. In Workshops, Projekten und zeitlich wie finanziell limitierten Programmen werden soziale Einrichtungen zu Animatoren sozialer Integration: hier ein Theaterworkshop zur Steigerung der „Beschäftigungsfähigkeit“ von Jugendlichen, dort ein Seniorenstammtisch lokalpatriotischer Prägung und nicht zuletzt die unzähligen „Qualifizierungsmaßnahmen“ Langzeitarbeitsloser, zumeist kofinanziert durch die Europäische Union.

...und seine Konsequenzen

Der Stadtteil ist heute die neue Institution! Der Sozialraum wird zur Einrichtung. Aus vielfältigen Menschen werden hospitalisierte „Bewohner“¹, symbolische Beteiligungsprojekte als Erfolg verkauft. So war das eigentlich nicht gemeint, als sich das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ vor fast 20 Jahren daranmachte, das Bauliche, Ökonomische und Soziale in Quartiersmanagements zusammen zu denken. Ein Blick in die lokalen Projektkulturen der „benachteiligten Stadtteile“ zeigt jedoch vor allem eines: Das Inklusive haben die dort lebenden Menschen exklusiv. Man bleibt – wie in den besseren Gegenden – unter sich.

Die konzeptionelle Dualität von Stadtentwicklung aus Gentrifizierung (in innerstädtischen ehemaligen Arbeiterquartieren) und Hospitalisierung (in peripheren Neubausiedlungen) verlangt also nach einer dritten, transformativen Idee. Zuvor müssten sich jedoch Politik und Stadtplanung eingestehen, dass die etablierten Ansätze gescheitert sind. Eine alteingesessene Empfängerin von Grundsicherung wird weder verstehen,

¹ Uns muss bewusst sein, dass durch die soziale und alltagskulturelle Fragmentierung der Stadtgesellschaft der Begriff „Bewohner“ eine stigmatisierende Note erhält. Die Bedeutung des lokalen Raums wird auf diese Weise einer ganzen, scheinbar homogenen Gruppe unterstellt. Sie sollte jedoch bei Bedarf selbst definiert werden können.



welchen Sinn es hat, zwischen 12 Kaffeesorten zu wählen, noch imstande sein, 3,90 EUR für einen „Iced Flavored Latte“ zu zahlen. Ebenso wenig werden sich Wirtschaftsunternehmen in als „verrufen“ geltenden Stadtteilen niederlassen (studentische Start-ups aus der Textilbranche natürlich ausgenommen).

Nun könnte man, wie in der „Sozialen Stadt“ üblich, als „Bewohner“ eines „benachteiligten“ Quartiers unter professioneller Anleitung lernen, ein positives Stadtteilimage zu generieren. Aber wem wäre damit geholfen? Menschen, die ganze Staaten hinter sich gelassen haben, um in der „Arrival City“ (Saunders 2011) ein ordentliches Auskommen zu suchen, schwebt sicher alles andere vor, als sich mit der konstruierten Sozialgeschichte eines Stadtteils zu identifizieren. Lokalistische Raumvorstellungen sollten also dringend geöffnet und nach den alltagskulturellen und sozialräumlichen Referenzsystemen einer diversitären Stadtbevölkerung gefragt werden (vgl. Thiesen 2016, 2017). Noch deutlicher: Entweder geben wir Menschen, die ökonomisch und räumlich um ihre Chancen gebracht wurden, die Möglichkeit auf ein erfülltes Leben unter den normativen Bedingungen, die unsere Gesellschaft daran stellt – Erwerbsarbeit, bezahlbarer Wohnraum, Teilhabe am sozialen und kulturellen Betrieb – oder, sofern nicht realisierbar, wir verhandeln die normativen Bedingungen neu!



Abb. 2: Wie ein Zynismus der Stadtplanung: Heiterblickallee, Leipzig-Paunsdorf (Foto: © LWB)

Transcity Leipzig

Das duale System der Stadtentwicklung aus ökonomischer Aufwertung der Innenstadt und sozialen „Ersatzleistungen“ am Stadtrand erfordert also eine konzeptionelle Transformation. In Leipzig beispielsweise gibt es zahlreiche soziokulturelle Initiativen, die sich auf den Weg gemacht haben, die Frage nach dem „guten Leben“ anders zu stellen. Lokal, dezentral, reflexiv und in Do-it-yourself-Manier bespielen sie die zentralen Felder transformativer Stadtentwicklung. Da wäre das „Café Kaputt“ in Altlindenau, das sich der Reparatur von Alltagsgegenständen verschrieben hat, oder das „Atelierhaus“

nahe der Eisenbahnstraße, das artistische Nachbarschaftsarbeit betreibt. Nicht zu vergessen „Interaction Leipzig“ in Plagwitz mit einem Ansatz transkultureller Geflüchtetenarbeit auf Augenhöhe, das „Zweieck“ in Anger-Crottendorf, ein ehrenamtliches Kollektiv von Stadtmitarbeitern, oder die stadtweite Initiative „Stadt für Alle“, spezialisiert auf solidarische Wohnungspolitik.

So eigensinnig die jeweiligen Ansätze auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen der Kerngedanke der Selbstorganisation, des Ausprobierens, des Exemplarischen, der Teilhabe. Der wichtigste Unterschied zu dem dualen System der Stadtentwicklung liegt jedoch in ihrem politischen Selbstverständnis, das sich bei aller Ambivalenz und Heterogenität in einem proklamierten Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung ausdrückt: Diversitäres Leipzig statt sächsische Einfalt, Suffizienz statt Wettbewerbslogik, eher praktizierte Realutopie als theoretischer Überbau. Jedenfalls kein „Weiter so“ auf der Eisenbahnstraße urbaner Tristesse. Zeit also, dass solche Impulse transformativer Stadtentwicklung auch an den Rändern der Städte ankommen.

Soziale Arbeit als intermediäre Akteurin zwischen sozialen Bewegungen und den Menschen vor Ort

Die Soziale Arbeit ist als niedrigschwellige und alltagsnahe Akteurin in der Lage, das duale System der Stadtentwicklung zu kritisieren und sich selbst als transformative Kraft zu positionieren. In Stadtentwicklungsprozessen kommen hier Akteure wie Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement, Streetwork und eine Fülle weiterer intermediärer Institutionen ins Spiel.² Diese Argumentation setzt ein Professionsverständnis voraus, das auf Selbstbefähigung mit dem Ziel sozialer Teilhabe sogenannter deprivierter Milieus setzt. Doch der Anspruch auf soziales und bezahlbares Wohnen betrifft heute längst auch die gesellschaftliche Mitte. Die Soziale Arbeit, die klassischerweise primär im Spagat zwischen Hilfe (Adressaten ihrer Arbeit) und Kontrolle (Staat, Gesellschaft, Institutionen) steht, muss sich daher möglicherweise mit einer völlig neuen Mandatur auseinandersetzen. In einem Feld wie der Stadtentwicklung kehrt sich der gesellschaftliche Kontrollauftrag um: Es gibt kein gesellschaftliches Mandat für Gentrifizierung, für bezahlbaren Wohnraum und urbanes Leben jedoch durchaus!³ Aus dem sogenannten Triple-Mandat der Sozialen Arbeit (Staub-Bernasconi 2007) aus Hilfe, Kontrolle und wissenschaftsbasierter Ethik wird ein vielfaches Mandat, das Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Staat, Gesellschaft, sozialen Bewegungen, weiteren Governance-Akteuren, Intermediären, Menschen-

² Zur vhw-Debatte um die Stadtintermediären vgl. Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2015.

³ Diese Erkenntnis gilt im Übrigen auch umgekehrt für andere gesellschaftliche Bereiche: Wenn der gesellschaftliche Kanon von Ressentiments gegenüber Arbeitslosen oder Migranten geprägt ist, muss sich die Soziale Arbeit von einem vermeintlich eindeutigen „gesellschaftlichen“ Mandat befreien, da auch jene, die unter diesen Ressentiments leiden, Teil der Gesellschaft sind. Zudem gibt es in der Sozialen Arbeit universelle Prinzipien wie die Menschenrechte, denen sie sich laut der Globaldefinition der International Federation of Social Workers verpflichtet.



rechten und nicht zuletzt einer diversitären Stadtbevölkerung mit häufig ambivalenten und konkurrierenden Interessenslagen kontextualisiert.

In Hamburg-St. Pauli hat die Gemeinwesenarbeit die Zeichen der Zeit erkannt: Hier befasst man sich frei nach Henri Lefebvre mit einem „Recht auf Stadt“ (Lohse/Jörg 2010) und skandiert: „St. Pauli selber machen“ (GWA St. Pauli 2018, St. Pauli selber machen 2018; vgl. auch Blandow/Knabe/Ottersbach 2012). Damit ergibt sich für die Soziale Arbeit jedoch eine neue intermediäre Stellung – und zwar an den Schnittstellen von sozialen Stadtbewegungen und den Menschen vor Ort. Zu codiert und exkludierend sind häufig Sprache, Symbole und „Lifestyle“ selbst organisierter politischer Initiativen radikal-demokratischer Prägung. Dabei sind viele Ideen auch aus Sicht einer engagierten Sozialen Arbeit unterstützenswert. Es braucht jedoch eine neue Form der Übersetzungsarbeit in den Stadtteil und in die Stadtbewegungen hinein.

Wenn wir berücksichtigen, dass Impulse sozialer Stadtentwicklung heute vor allem von sozialen Stadtbewegungen ausgehen, wäre die Soziale Arbeit gut beraten, diese neue Interpretation der eigenen intermediären Funktion engagiert zu diskutieren.

Prof. Dr. Andreas Thiesen

Fakultät für Architektur und Sozialwissenschaften, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK), Leipzig

Quellen:

Blandow, R./Knabe, J./Ottersbach, M. (Hrsg.) (2012): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und zurück? Springer VS., Wiesbaden.

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2015. Verbandsorgan des vhw.

GWA St. Pauli (2018): St. Pauli selber machen. St. PaulianerInnen sollen mitentscheiden, selber machen und bleiben können! Im Internet: <http://www.gwa-stpauli.de/aktuelles/archiv/st-pauli-selber-machen.html>, Zugriff: 27.07.2018.

Lohse, R./Jörg, S. (2010): Stadtkultur goes Recht auf Stadt?! Die GWA St. Pauli engagiert sich im Rahmen des Gentrifizierungs-Prozesses in St. Pauli und schuf mit dem Film „Empire St. Pauli“ ein viel beachtetes Statement zum Thema. In: Stadtkultur Magazin, Ausgabe 12/März 2010, im Internet: http://www.gwa-stpauli.de/stadtteilarbeit/aufwertung_gentrifizierung/stadtkultur_goes_recht_auf_stadt.html, Zugriff: 29.07.2018.

Maak, N. (2014): Wohnkomplex. Warum wir andere Häuser brauchen. Hanser, München.

Saunders, D. (2011): Arrival City. Karl Blessing Verlag, München.

Staub-Bernasconi, S. (2007): Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit, im Internet: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/vom_doppel_zum_tripelmandat.pdf, Zugriff: 28.06.2018.

St. Pauli selber machen (2018): Homepage, im Internet: <http://www.st-pauli-selber-machen.de>, 27.07.2018.

Thiesen, A. (2016): Die transformative Stadt. Reflexive Stadtentwicklung jenseits von Raum und Identität. Transcript, Bielefeld.

Thiesen, A. (2017): Voraussetzungen und Perspektiven zukunftsfähiger Sozialraumorientierung. In: Ders. (Hrsg.): Flexible Sozialräume. Der Fall im Feld der Frühen Hilfen. Beltz Juventa, Weinheim, S. 14-22.

13. vhw-Bundesrichtertagung

Aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Städtebaurecht

Neue und richtungweisende Entscheidungen des 4. Senats aus erster Hand mit den Bundesrichtern

Montag, 26. November 2018 in Bergisch Gladbach

Der vhw lädt zu seiner 13. Bundesrichtertagung ein. Den Teilnehmern bietet sich wieder die Möglichkeit, sich frühzeitig aus erster Hand über die wichtigsten aktuellen städtebaurechtlichen Fragen und Entscheidungen zu informieren und diese mit den Richtern des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts zu erörtern. Die höchstrichterlichen Entscheidungen haben maßgebliche Bedeutung für Praktiker im Bereich des Städtebaurechts. Das stetig größer werdende Aufgabenspektrum und die hohe Komplexität städtebaulicher Aufgaben stellen selbst erfahrene Kolleginnen und Kollegen immer wieder vor Zweifelsfragen. Hinzu kommen die häufigen Novellierungen im Bereich des Bau- und Umweltrechts, die ebenfalls die Dynamik abbilden.

Ihre Referenten:

Dr. Andreas Decker, Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Günter Halama, Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., bis 2006 Richter und stellvertretender Vorsitzender in dem u. a. für das Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Prof. Dr. Christoph Külpmann, Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Helmut Petz, Richter in dem für Bau- und Planungsrecht zuständigen 4. Senat am Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Tagungsgebühren:

360,00 Euro für Mitglieder des vhw

430,00 Euro für Nichtmitglieder

Veranstaltungsort:

Montag, 26. November 2018

Kardinal Schulte Haus

Overather Str. 51, 51429 Bergisch Gladbach (Bensberg)

Weitere Informationen:

www.vhw.de oder Telefon: 0228/72599-43